

Postulat von Pascal Furer, SVP, Staufen, vom 2. November 2010 betreffend Verhinderung persönlicher Bereicherung durch das Ergreifen eines Referendums

Text:

Der Regierungsrat wird eingeladen, jede persönliche Bereicherung des Referendumsergreifers in Sachen Kauf statt Miete des Campusneubaus zu verhindern. Wie dies geschieht, bleibt dem Regierungsrat überlassen, sei es durch Mietpreisverhandlungen, durch Kündigung des Standorts der FH Pädagogik oder auf andere zweckdienliche Weise.

Begründung:

Das Referendum ist ein wichtiges demokratisches Recht, das jedem Bürger und jeder Bürgerin zusteht. Und dies unbesehen, ob durch eine eventuell entstehende Verzögerung Mehrkosten entstehen oder nicht. Würde durch die Mehrkosten beim Staat dem Referendumsergreifer aber selber ein erheblicher, direkter und persönlicher Nutzen entstehen, wäre es missbräuchlich. Um eine sachliche Diskussion über das Referendum gegen den Kauf des Campus Brugg-Windisch zu ermöglichen und einen allfälligen Missbrauch auszuschliessen, soll die Regierung sicherstellen, dass dem Referendumsergreifer keinen solchen direkten Nutzen entsteht. Sollte durch das Referendum eine Verzögerung des Umzugs der Fachhochschule Pädagogik entstehen, ist für die entsprechende Zeit ein wesentlich reduzierter Mietpreis auszuhandeln. Sollte sich der Vermieter dazu nicht bereit zeigen, ist eine andere Lösung als das Mietverhältnis mit dem Referendumsergreifer zu suchen und der Mietvertrag so schnell wie möglich aufzulösen. Dies auch dann, wenn dadurch Mehrkosten ausgelöst würden. In der Beantwortung des Postulates hat der Regierungsrat die Gelegenheit, die Mietkosten und die durch einen allfälligen zusätzlichen Umzug entstehenden Mehrkosten aufzuzeigen.

Mitunterzeichnet von 32 Ratsmitgliedern